

## Flüchtlinge ziehen in Horner Sporthalle

Sozialbehörde prüft weitere Standorte / Landessportbund und Verein kritisieren Vorgehensweise



Die Turnhalle am Horner Bad: Hier will die Sozialbehörde im September bis zu 50 Flüchtlinge übergangsweise unterbringen.

FOTOS: FR

**Die Sozialbehörde will die Sporthalle am Horner Bad ab September übergangsweise zu einer Flüchtlingsunterkunft umnutzen. Die Pläne gibt es bereits seit Ende Juli. Vereine und Landessportbund haben davon erst jetzt erfahren. Weitere Hallen würden geprüft, so die Behörde.**

VON SABINE DOLL

**Bremen.** In der Geschäftsstelle des Landesportbundes (LSB) klingeln die Telefone fast ohne Unterlass: „Alle möglichen Sportvereine wollen wissen, ob die von ihnen genutzten Turnhallen demnächst auch für den Sportbetrieb geschlossen werden“, sagt LSB-Geschäftsführerin Karoline Müller. Anlass für die Verunsicherung ist die Meldung, dass die alte Unihalle am Horner Bad eine Unterkunft für Flüchtlinge werden soll. Hauptsächliche Nutzer der Halle sind die Universität Bremen, die die Halle verwaltet, und der TV Eiche Horn. Sportverein und Landessportbund haben von den Plänen der Sozialbehörde erst am Mittwoch durch einen Zufall erfahren: durch eine vom Hochschulsport der Uni weitergeleitete Mail.

Darin lässt Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) kurz und knapp mitteilen: „Aufgrund der aktuellen sehr angespannten Unterbringungssituation für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge sind wir leider gezwungen, kurzfristig übergangsweise Notunterkünfte herzurichten. (...) In der Turnhalle werden daher zügig die Herrichtungsarbeiten für die Unterbringung in meinem Auftrag vorgenommen werden.“

Fred Siegert, Geschäftsführer des TV Eiche Horn, ist schwer verärgert. An 25 Stunden wöchentlich nutzt der Verein die Halle, außerdem finden dort pro Saison Punktspiele der Badminton-Abteilung und Trainingskurse statt. „Das müssen wir jetzt alles absagen und die Sportler im Grunde vor die Tür setzen. Die anderen Hallen in Bremen sind voll.“ Der Sozialbehörde wirft er Fehlplanung bei der frühzeitigen Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften vor, weshalb nun die Turnhalle als Not-

lösung erhalten müsse. Die Stadt hätte frühzeitig Wohncontainer aufstellen oder leer stehende Gebäude nutzen können. Siegert: „Zudem wird dadurch sehenden Auges eine schlechte Stimmung der verdrängten Sportler gegenüber den Flüchtlingen Vorschub geleistet, wo diese doch auf Solidarität angewiesen sind.“ Auch der Hochschulsport mit 300 Nutzern der Halle steht laut ihrem Leiter Klaus Achilles vor einem Problem: „Wir wissen nicht wohin.“

Die Sozialbehörde weist die Vorwürfe mangelhafter Planung zurück. „Die Universität als Eigentümer der Sporthalle sowie der Beirat Horn-Lehe waren frühzeitig in die Pläne eingebunden“, sagt ihr Sprecher David Lukaßen. Er räumt aber auch ein, dass es Kommunikationsprobleme zwischen Behörde, Uni, Hochschulsport und Sportvereinen gegeben habe: „Der Landessportbund und Vereine hätten frühzeitig davon erfahren sollen, das ist offenbar nicht optimal gelaufen.“

Fakt sei: Die Planungen für eine Umnutzung der Sporthalle hätten bereits Ende Juli Gestalt angenommen, in der vergangenen Woche habe es eine Begehung vor Ort gegeben. Das Gebäude sei aufgrund seiner Größe, des baulichen Zustands und der Lage attraktiv. Denn: „Auf einem Gelände neben der Halle sollen Wohncontainer für bis zu 80 Flüchtlinge aufgestellt werden. Bis diese geliefert sind, soll die Sporthalle übergangsweise für 50 Flüchtlinge genutzt werden. Das wird voraussichtlich ab September bis Ende des Jahres der Fall sein“, so Lukaßen. Um die Halle für Flüchtlinge herzurichten, müsse neuer Boden gelegt sowie auf dem Gelände vor der Sportstätte Container zur Essensausgabe aufgestellt werden.

Für die geplanten Wohncontainer-Unterkünfte neben der Sporthalle werde im September ein Beschluss des Beirats erwartet. Lukaßen bestätigt, dass derzeit weitere Sporthallen für übergangsweise Flüchtlingsunterkünfte geprüft würden, konkrete Standorte will er noch nicht nennen.

Karoline Müller vom LSB befürchtet, dass die Umnutzung von Sporthallen ein

Dauerzustand werden könnte. „Wir wehren uns dagegen, Erst- und Notlösung für den Senat zu sein.“ Neben der existenziellen Bedrohung der Vereine sei es zudem eine „menschenunwürdige Zumutung, schutzsuchende Personen in nicht geeigneten Räumlichkeiten unterzubringen“. Anfang August hatte es bereits Kritik an einem Behördenvorstoß zur Nutzung von Turnhallen gegeben, auf einer Liste tauchte die Halle am Horner Bad jedoch nicht auf.

Kritik äußert auch die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Sigrid**

**Grönert:** „Die Nutzung von Sporthallen zur Unterbringung von Flüchtlingen ist keine zufriedenstellende Lösung. Nicht für die Flüchtlinge und auch nicht für die Sportvereine und Schulen.“

Klaus Möhle, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und der Sozialdeputation, ist ebenfalls „nicht begeistert“. Er warnt davor, dass die erreichte Akzeptanz in den Stadtteilen zur Unterbringung von Flüchtlingen verspielt werden könnte. „Alle Beteiligten müssen frühzeitig in die Pläne der Behörde einbezogen werden“, fordert er.

## Syrer im Schullandheim

Bremen schickt 33 Flüchtlinge in den Sommerferien nach Hepstedt

VON KLAUS GÖCKERITZ

**Bremen-Hepstedt.** Das Sozialressort will 33 syrische Flüchtlinge für kurze Zeit in einem Schullandheim in der Gemeinde Hepstedt (Landkreis Rotenburg) unterbringen. Dies bestätigte Behördensprecher David Lukaßen auf Nachfrage. Demnach soll die Gruppe an diesem Wochenende in das Naturerlebnishaus einziehen. Träger des Hauses ist der Bremer Schullandheimverein Wilhelm Berger.

Bei den Flüchtlingen soll es sich vorwiegend um Familien handeln, denen während der Sommerferien rund um die Uhr

zwei Betreuer zur Seite gestellt werden. Die Flüchtlinge „sollen zur Ruhe kommen“, bevor sie nach den Ferien in ihre Unterkünfte in Bremen zurückkehren, kündigte Lukaßen an.

Bei der Kommunikation hat es offensichtlich Pannen gegeben. Der Aufenthalt der syrischen Flüchtlinge sei mit dem Innenministerium in Hannover im Vorfeld abgesprochen worden, so Lukaßen. Die betroffene Gemeinde Hepstedt und die Samtgemeinde Tarmstedt waren dagegen nicht informiert. „Wir sind irritiert, weil wir nur über Umwege davon erfahren haben“, so Samtgemeindebürgermeister Frank Holle.



An dem Punkt, wo der Spaß aufhört, beginnt der Humor.

WERNER FINCK (1902-1978)

TACH AUCH

## Mittagsträume

VON KLAUS GRUNEWALD

**Es ist ein zyklisches Ritual.** Mittags, nicht immer, aber häufig, legt er sich auf die Couch, um die am Morgen unterbrochene Zeitungslektüre fortzusetzen. Und wenn die Buchstaben vor seinen Augen verschwimmen und der Schummer naht, stellt sich der Kater ein. Um Missverständnissen vorzubeugen: der kastrierte Stubentiger. Nach kurzer Begrüßung macht er es sich auf dem Bauch des Rentners bequem. Beide dösen ein.

Ob nun synchron oder dissonant geschnarcht wird, darüber lässt sich zwar im Familienkreis trefflich diskutieren, spielt in diesem Fall aber keine Rolle. Nach dem jüngsten gemeinsamen Mittagsschlaf hat der Tierfreund allerdings einen für den vierbeinigen Hausgenossen weitreichenden Entschluss gefasst.

Seine Alpträume würden immer schlimmer, eben habe er unter einem tonnen-schweren Lastwagen gelegen, teilt der Mann seiner Ehefrau nach dem Erwachen mit. Und verkündet: „Der Kater wird ab sofort auf Diät gesetzt.“

## Polizisten in den Arm gebissen

**Bremen (eho).** Bei ihrer Festnahme haben vier Jugendliche am frühen Freitagmorgen einen Polizeibeamten verletzt. Die Zwölf- bis 15-Jährigen sind laut Polizei unbegleitete Flüchtlinge, die des gemeinschaftlichen Bandendiebstahls verdächtigt werden. Die Einsatzkräfte hatten vom Diebstahl eines Rucksacks kurz nach Mitternacht vor einer Gaststätte Am Dobben erfahren. Daraufhin suchten sie nach einer Gruppe, die für einen Raubversuch in den Abendstunden am Herdentorsteinweg verantwortlich sein soll. Bei der Festnahme der Jugendlichen trug einer den gestohlenen Rucksack bei sich. Die Vier leisteten Widerstand, ein Jugendlicher verletzte den Beamten an der Hand. Nach ihrer Vorführung auf der Wache Innenstadt wurden drei von ihnen zurück in ihre Aufnahme-Einrichtungen gebracht. Ein 15-Jähriger blieb zunächst im Polizeigewahrsam. Er hatte der Polizei zufolge im Beisein des Notdienstes Beamte angegriffen und einem Polizisten in den Unterarm gebissen.



Fred Siegert vom TV Eiche Horn.

ANZEIGE

**Wir bauen um Sie stauben ab**

**1/2 Preis**

Jetzt Lagerware bis zum

**Der Abverkauf hat begonnen**

Machen Sie jetzt Ihr Schnäppchen  
Auch Polstermöbel und Boxspringbetten

**Tep & Tap**  
HEIMDEKOR & FACHMARKT

Bremen-Habenhausen Borgwardstr. 5

## Erneut Kritik an Beirätegesetz

Politiker fordert nach Streit um Ortsamtsleiterwahl weitere Novelle

VON CHRISTIAN WETH

**Bremen.** Der Rechtsstreit um die Ortsamtsleiterwahl in Horn-Lehe, wo seit Monaten wegen einer Konkurrentenklage der Chefposten nicht besetzt werden kann, lässt erneut Kritik am Beirätegesetz aufkommen. Michael Horn, Beirätekoordinator und Mitglied des Landesvorstandes der Linken, fordert den Senat auf, das Gesetz schnellmöglich zu überarbeiten. Der Rechtsstreit, den es auch in anderen Stadtteilen gab, belege einmal mehr, dass die jüngste Novelle des Beirätegesetzes nicht der große Wurf gewesen sei.

Horn erwartet einen neuerlichen Entwurf mit grundlegenden Änderungen des Gesetzes. Damit unterlegene Bewerber künftig keine Wahl mehr anfechten könnten, schlägt er vor, dass Ortsamtsleiter eine absolute Mehrheit der Stimmen brauchen – und nicht wie bisher eine einfache. Dem Beirätekoordinator fehlt außerdem die gesetzliche Möglichkeit, die Führungsspitze eines Ortsamtes durch ein Misstrauensvo-

tum abwählen zu können. Horn: „Die Amtszeit beträgt zehn Jahre, in dieser Zeit kann viel passieren.“

Darüber hinaus fordert er ein Veto-Recht für Beiräte, wenn es um Entscheidungen auf Parlamentebene geht. „In der Bürgerschaft haben sie nur ein Rederecht, aber keine Möglichkeit zum Handeln“, kritisiert Horn. Ginge es nach ihm, würden die Beiräte in echte Parlamente mit eigener Budgetverantwortung umgewandelt. Zurzeit könnten Beiräte ausschließlich über die Vergabe sogenannter Globalmittel bestimmen, mit denen Projekte in den Stadtteilen gefördert werden.

Ob das Beirätegesetz geändert wird, könnten Senat und Bürgerschaft noch in diesem Jahr entscheiden. Voraussichtlich ab September sollen die Ergebnisse einer Bestandsaufnahme des Instituts für Politikwissenschaften den Beiräten vorgestellt werden. Seit Frühjahr 2013 untersuchen Wissenschaftler der Universität, ob die jüngste Novelle des Gesetzes die Rolle der Beiräte wie erhofft gestärkt hat oder nicht.